

## Elfenbeinküste

### 1. Allg. Beschreibung.

Elfenbeinküste liegt in feucht-tropischem Gebiet. Das Land grenzt im Süden an den Atlantik, im Westen an Liberia und Guinea, im Norden an Mali und Burkina Faso, im Osten an Ghana. Die Fläche beträgt 322.000 km<sup>2</sup>. Die Bevölkerung beträgt knapp 19 Mio. Einwohner. Diese Angabe ist jedoch sehr vage, ist doch gerade die Frage der Staatsangehörigkeit Kern des Konflikts. Die Angaben über das Bevölkerungswachstum sind sehr unterschiedlich und schwanken zwischen 1,6% und 3,5%.<sup>1</sup> Landessprache ist Französisch, daneben gibt es rd. 60 einheimische Sprachen. Die wichtigsten Ethnien sind Akan (42%), Kru/Bété (12%), Volta (10%), Malinké, Senoufo. 40% der Einwohner sind sunnitische Muslime, 30% Christen, der Rest Animisten.

(<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/CoteD'Ivoire.html>)

### 2. Kurzer Geschichtlicher Abriss.

Von 1883 – 1960 war E. französische Kolonie (Bouquet 2005, 19 – 45). Bis 1993 wurde das Land mittels eines Einparteiensystems autoritär regiert von Felix Houphouët-Boigny, der als Häuptling in die Politik eintrat und als einziger aus den Kolonien stammender Schwarzafrikaner von 1956 – 1958 ein Ministeramt in der französischen Regierung bekleidete. Zu seinen Großtaten gehört der Bau der weltweit größten Basilika, die dem Petersdom in Rom nachempfunden wurde, in der von Abidjan an der Küste in seinen Geburtsort Yamassoukrou im Landesinnern verlegten Hauptstadt.

Houphouët-Boigny förderte – ganz im Sinne des *nation-building* - einen ivorischen Nationalismus, die „Ivorität“ (*ivoirité*). Hatte sich noch das 1961 beschlossene Staatsangehörigkeitsrecht am französischen Prinzip des *ius soli* orientiert, so galt seit 1972 das *ius sanguinis*: mindestens ein Elternteil muss in Elfenbeinküste geboren

sein, damit die ivoirische Staatsangehörigkeit zuerkannt werden kann (Doh-Djanhouny 2006, insbes. 21 – 41) . Die soziale Wirklichkeit ist gekennzeichnet durch die schon in der Kolonialzeit begonnene Einwanderung oft zwangsrekrutierter Arbeitskräfte aus benachbarten Ländern, die auf den Kaffee- und Kakao-Plantagen beschäftigt wurden. Ihre Zahl wird auf etwa 1,5 Mio. geschätzt. 1970 hatte Houphouët-Boigny erklärt, das Land gehöre denen, die es bearbeiten. Hieraus ergaben sich schwer wiegende Konsequenzen für die rechtliche Situation vieler Menschen. Da viele Völker und Stämme der Elfenbeinküste in Gebieten leben, die die von der Kolonisation gezogenen Grenzen überschreiten, führt die Migration dazu, dass Angehörige eines und desselben Volkes oder Stammes ivoirische Vollbürger oder aber Ausländer (Nigerianer, Nigrer, Tschader, Burkinabé, Malier, Senegalesen sowie Franzosen etc.) sein können.

Konflikte um Land wurden in der Folge des zwischen den das Land bearbeitenden Menschen und den genuinen „Ivorern“ zunehmend gewalttätig ausgetragen und nahmen rassistische Züge an: Die Debatte um die „Ivorität“ (Hofnung 2005). wurde zum Kern der Ausgrenzung von „Ausländern“ in Wirtschaft und Politik, aber auch zum Nährboden eines militanten, gegen die in allen Bereichen der Ökonomie noch immer massiv präsente ehemalige Kolonialmacht, wie Teile der Literatur zeigen (Doh-Kjanhouny 2006; Blé Kessé, 2005; Djéréké 2003; Gnakalé 2006). Die ehemalige Einheitspartei PDCI (*Parti Démocratique de Côte d'Ivoire*) spaltete sich entlang des immer deutlicher werdenden Nord-Süd-Gegensatzes: Ethnizität wurde so zu einem entscheidenden politischen und ökonomischen Instrument zur Erlangung bzw. Sicherung von Besitz wie für politische Manipulation und Instrumentalisierung (AKUF [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/293\\_elfenbeinkueste.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/293_elfenbeinkueste.htm):). Nicht nur das Wahlrecht sondern auch Grundbesitz wurden den „Nicht-Ivorern“ genommen. Die fast ausschließlich muslimischen Bewohner des Nordens oder die aus dem Norden stammenden Einwohner wurden nun unter dem Sammelbegriff „Dioula“ identifiziert, obwohl diese Bezeichnung ursprünglich nur für eine kleine Ethnie stand. Da Namen oft auf die Abstammung hingen, wurden sie für die weitere Ethnisierung der Gesellschaft instrumentalisiert.

Die „Ivorität“ war zu einem politischen Kampfbegriff geworden, mit dessen Hilfe die neu gegründete Partei FPI (*Front Populaire Ivoirien*) unter Laurent Gbagbo vor allem

die südlichen, mehrheitlich christlichen Wähler zu mobilisieren suchte. In der Folge vervielfachten sich die Parteien, die sich spalten, neu einigen, neu gründen. Lt. CIA-factbook gibt es derzeit mehr als 144 anerkannte Parteien (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iv.html>; Kouï, 2006). Ihnen geht es nicht um die Durchsetzung politischer Programme, sondern um die Festigung bzw. Teilhabe an Macht und Pfründen, entlang ethnischer und clanischer Strukturen. Ein neues Wahlgesetz, das zur Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen nur Personen zuließ, deren Eltern beide Ivorer waren, verschärfte die Gegensätze. 1999 putschte General Guei. Es folgten 2000 chaotische Präsidentschaftswahlen, von denen ein aus dem Norden stammender Bewerber, Alassane Dramane Ouattara, ausgeschlossen wurde, da sein Vater angeblich ein Burkinabé war. Gbagbo gewann die Präsidentschaftswahlen gegen General Guei, der schließlich floh. Mit Hilfe der *audiences foraines* (<http://www.rdrcci.org/main/cspisnelire.asp?id=15&rid=2>), einer Art mobiler Gerichte, die durch das Land zogen, wurden nun Staatsangehörigkeitsnachweise ausgegeben. Gbagbo wird beschuldigt, hierbei massive Manipulationen zu Ungunsten der „Dioula“ organisiert zu haben

### **3. Ökonomische und soziale Lage und Entwicklung.**

Die Elfenbeinküste erreicht ein BIP von 762 € pro Kopf, das ist das höchste in Westafrika. Allerdings leben 42% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (weniger als 2 US \$ pro Kopf und Tag <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iv.html>). Das Land hat einen beständigen Außenhandelsüberschuss. E. ist der größte Kakao- und Robusta-Kaffee-Produzent der Welt. Ferner exportiert es Baumwolle, Naturkautschuk, Palmöl und Holz. Die Außenwirtschaft ist eindeutig determiniert durch die (alte) internationale Arbeitsteilung, die das Land zu einem Rohstoffproduzenten für den industrialisierten Norden (Europa, USA) macht. Die Preise der exportierten Rohstoffe sind starken Schwankungen am Weltmarkt unterworfen. In den letzten Jahren wurden bemerkenswerte off-shore-Reserven an Öl und Erdgas entdeckt. Die Erlöse aus dem Kohlenwasserstoffexport übersteigen inzwischen die Einnahmen aus dem Kakao-Export. Die Tagesproduktion von Erdöl soll bis Ende des Jahrzehnts auf 200.000 Fass gesteigert werden (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iv.html>). E. exportiert mit Öl und Gas produzierte Elektrizität nach Ghana, Togo, Benin, Mali und Burkina Faso. Der IWF prognostiziert für

2008 ein Wachstum von 2,9%. Trotz dieser relativ guten Daten liegt die Arbeitslosenquote bei etwa 40%, für die Jugendlichen bei 60%. Die Analphabetenrate liegt noch immer bei 50%. Es gibt drei Universitäten, und relativ gut ausgestattete private Eliteschulen. Das nationale Bildungssystem ist noch immer völlig abhängig vom französischen. Angestrebt wird derzeit in Kooperation mit anderen westafrikanischen Ländern eine Orientierung am angelsächsischen System (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/CoteDivoire/Kultur-UndBildungspolitik.htm>). In der Wahrnehmung des offiziellen Frankreich bedroht dies die französische Vorherrschaft, die Frankreich noch immer durch eine militante Sprachpolitik mit Hilfe der Organisation der frankophonen Staaten zu sichern versucht.

Die Wirtschaft der E. war schon immer charakterisiert durch blühende Korruption und Nepotismus, (<http://www.heritage.org/Index/country.cfm?id=IvoryCoast>) der wiederum oft auf der Familien- und Clanzugehörigkeit basiert und den harten Kern der ivorischen Ökonomie bildet. In den 70er Jahren, als Kredite wohlfeil waren und die Entwicklungsländer unter Verweis auf die Theorie der komparativen Kostenvorteile zur Mono-Produktion und Weltmarktintegration angetrieben wurden, hatte sich das Land erheblich verschuldet. Mit dem Anstieg des Dollar-Kurses und dem Verfall der Rohstoffpreise und tropischen Agrarprodukte explodierten die Schulden. 1981 war Elfenbeinküste zahlungsunfähig, es folgten brutale Sturkturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF, die vor allem die bisher beachtlichen Sozialleistungen (Bildungswesen, das zu Houphouet-Boignys Zeiten 32% des Staatshaushalts erhielt, Gesundheitswesen, sozialer Wohnungsbau, Transportwesen) abschafften. Eine weitere Folge war die Abwertung des Franc CFA,<sup>2</sup> die die Schuldenlast abermals nach oben trieb (Bouquet 2005). Diese ökonomische Krise schlug auf die politischen Auseinandersetzungen durch und verschärfte die ethnisch geprägten Konflikte massiv, ging es dabei doch um den Zugang zu Ressourcen und vor allem um den Besitz von Land.

Die Wirtschaft insgesamt bleibt abhängig von den schwankenden Weltmarktpreisen für Kakao, Kaffee und Palmöl. 68% der Bevölkerung sind in der ganz überwiegend exportorientierten Landwirtschaft tätig. Seit 2006 gewann die Erdöl- und Gasproduktion im Golf von Guinea an Bedeutung und spülte ca. 3 Mrd. US \$ in die Staatskasse.

---

<sup>2</sup> Im ganzen ehemaligen französischen Schwarzafrika ist nach wie vor der – im Prinzip – von der französischen Zentralbank gedeckte Franc CFA die gültige Währung. Auf den neo-kolonialen Charakter dieses Instruments kann hier nicht eingegangen werden.

Hinzu kommen die Einnahmen aus dem Elektrizitätsexport. Die andauernde politische Instabilität wirkt sich negativ auf ausländische Investitionen aus. Menschenhandel ist weiterhin verbreitet: Vor allem Frauen und Kinder werden aus dem Norden in die Städte des Südens verschleppt, wo sie als eine Art Haussklaven arbeiten, aber auch als Sexarbeiterinnen ausgebeutet werden. Junge Männer werden in Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft und im Baugewerbe gezwungen (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iv.html>).

#### 4. Bürgerkrieg und

#### 5. Eingreifen Dritter.

Die beiden Gliederungspunkte werden hier gemeinsam behandelt, da Frankreich von Anfang an in diesem Konflikt Akteur war. Dies gilt auch – und erst recht – nachdem der Sicherheitsrat der VN sich mit dem Konflikt befasste, da er die bereits im Gang befindliche französische Militäroperation *Licorne* während des gesamten (noch nicht beendeten) Konfliktverlaufs zusammen mit Aktionen der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS mandatierte.

Der aktuelle Konflikt begann mit einem neuerlichen Putsch (19. Sept. 2002) gegen Präsident Gbagbo: Ehemalige Unteroffiziere, die von Gbagbo wegen vermuteter politischer Unzuverlässigkeit entlassen worden waren, versuchten von Burkina Faso aus den Umsturz. Dieser Putsch führte zur Teilung des Landes: Die südliche Hälfte blieb unter Kontrolle der Regierung, der nördliche unter Kontrolle von Rebellen, die sich in den „*Forces Nouvelles*“ (Neue Kräfte, FN) zusammenschlossen (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/CoteD'Ivoire.html>). In der Folge des Putsches wurden im Süden Hunderte Oppositionelle durch regierungsnahen Todesschwadronen ermordet. Im Westen des Landes bildeten sich zwei weitere Oppositionsgruppen, die – auf ethnischer Basis - mit Liberianern und Guineanern zusammenarbeiteten. Frankreich, das im Lande eine Militärbasis und kleinere Stützpunkte unterhält, verhinderte ab Oktober 2002 das weitere Vordringen der Rebellen und evakuierte rd. 12.000 französische Staatsbürger.

Die französische Militärpräsenz im Lande basiert – wie in fast allen ehemaligen afrikanischen Kolonien Frankreichs (Dossiers ...) – auf einem Verteidigungsabkommen zwischen Elfenbeinküste und Frankreich, das unmittelbar nach der Unabhängigkeit des Landes geschlossen wurde (24. April 1961, Koulibaly 2003 67 – 70.). Es bestimmt, dass E. seine militärische Ausrüstung ausschließlich in Frankreich kauft, die französischen Militärausbilder der ivoirischen Armee werden von E. besoldet. Frankreich verfügt frei über die Stationierungsorte seiner Armee, die Bedingungen ihrer Nutzung sollten durch ein gemeinsam auszuhandelndes Abkommen festgelegt werden. Relevant für den Konflikt ist die Bestimmung, dass beide Armeen zwar einer unterschiedlichen Jurisdiktion unterstehen (Rechtsverletzungen französischer Soldaten können nur von französischen Gerichten geahndet werden), aber gemeinsam agieren. Insbesondere arbeiten beide Armeen sowohl gegen äußere wie innere Bedrohungen zusammen, so wie es auch einen gegenseitigen Unterstützungsmechanismus im Falle eines Angriffs auf eine der beiden Armeen gibt.

Nach Beginn des Aufstands errichteten die französischen Truppen im Lande einen Korridor zwischen den Aufständischen im Norden und der Regierung im Süden und drangen in die Hauptstadt Yamassoukrou vor. Von der im Militärabkommen festgelegten operationellen Gemeinsamkeit beider Armeen konnte also nicht mehr die Rede sein. Daraufhin bombardierte die ivoirische Luftwaffe die französische Militärbasis von Bouaké. Präsident Chirac befahl persönlich die Zerstörung der beiden Flugzeuge, die den Angriff geflogen hatten. Darüber hinaus zerstörte die französische Armee, abermals auf Befehl Chiracs, kurz darauf auch die fünf ivoirischen Armeehubschrauber, womit die gesamte Luftwaffe des Landes vernichtet war (Doh-Djanhoundy 2006, 57f.).

Frankreich schaltete sich als „Vermittler“ ein und lud die Akteure des Konflikts zu einer Konferenz nach Linas-Marcoussis in der Nähe von Paris. An den Verhandlungen nahmen insgesamt zehn politische Parteien und Bewegungen der E., nicht aber Präsident Gbagbo teil<sup>3</sup> Frankreich erreichte damit, dass in Linas-Marcoussis die in der Rebellenbewegung zusammengeschlossenen Gruppierungen gleichberechtigt neben den die Regierung des Landes tragenden Parteien saßen, wodurch die Rebellen eine internationale Anerkennung erfuhren. Das Linas-Marcoussis-Abkommen hat in

---

<sup>3</sup> Daran nahmen die folgenden ivoirischen Parteien Teil: FPI, MFA, MJP, MPCI, MPIGO, PDCI-RDA, PIT, RDR, UDCY und UDPCI.

der Literatur eine heftige Debatte ausgelöst, in der seitens der Vertreter des Südens vom „Krieg Frankreichs gegen die Elfenbeinküste“ (Koulibaly 2003) die Rede ist. In der Tat deutet schon die Wahl des Konferenzortes auf den Willen Frankreichs, den Konflikt unter seiner Kontrolle zu halten. Zu Recht sprechen Banégas/Marshall-Fratani (2003) von einer parteilichen Einmischung Frankreichs mit dem Ziel, eine Art Neo-Protektorat zu errichten.

Als Ergebnis des Linas-Marcoussis-Abkommens

([http://www.usip.org/library/pa/cote\\_divoire/cote\\_divoire\\_01242003en.html](http://www.usip.org/library/pa/cote_divoire/cote_divoire_01242003en.html)) sollte ein Waffenstillstand eingehalten und eine Regierung der nationalen Versöhnung von den Vertretern der teilnehmenden Bewegungen und Parteien gebildet werden; ein Kalender für die Abhaltung von Wahlen sollte ausgearbeitet werden; basierend auf dem Konsens der Teilnehmer sollte ein Premierminister berufen werden, der die Regierungsgeschäfte bis zur Abhaltung der Präsidentschaftswahlen führen und die exekutive Gewalt auf sich vereinigen sollte, also de facto den Präsidenten entmachtete; die neue Regierung, der sämtliche in Linas-Marcoussis anwesenden Parteien und Gruppierungen angehören sollten, sollte eine neue Armee aufbauen, die „den Werten der Integrität und der republikanischen Moral verpflichtet“ sein sollte. Für die Restrukturierung der Armee und der Sicherheitskräfte kann die Regierung ausländische Berater heranziehen, darunter „insbesondere die von Frankreich angebotene Unterstützung.“ ECOWAS (Economic Community Of West African States) und die französische Regierung wurden dazu aufgerufen, für die Sicherheit der Teilnehmer an der Konferenz Sorge zu tragen.

Außerdem sollte diese Regierung der nationalen Versöhnung die im Gang befindliche Prozedur zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit beschleunigen und binnen sechs Monaten ein Staatsangehörigkeitsgesetz vorlegen, welches die Situation von Personen regeln sollte, die als illegal galten. Diese Regelung sollte vor allem Personen betreffen, die bereits vor 1960 (Unabhängigkeit) in E. lebten, sowie Personen, die mit ivoirischen Frauen verheiratet waren. Die Anerkennung der Staatsangehörigkeit sollte großzügig gehandhabt werden, Missbrauch der Behörden in der Frage der Anerkennung der Staatsangehörigkeit sollte abgestellt werden. Die Unparteilichkeit bei der Identifizierung von Staatsangehörigen (= Abstimmungsberechtigten) sollte sichergestellt werden. Die Rechte von Grundbesitzern sollten durch eine Gesetzesän-

derung zugunsten von de-facto-Grundeigentümern geändert werden, wobei als Orientierung das Konzept gelten sollte, dass das Land denen gehört, die es bearbeiten. Die mangelhafte Präzision dieser Vereinbarung musste wegen der brüchigen und korrupten Administration des Landes zwangsläufig zu Konflikten führen. Vor allem änderte die Konferenz den Artikel 35 der Verfassung, der die Wählbarkeit des Präsidenten zum Gegenstand hat: Hinfort sollten die Kandidaten (weiterhin) die ivoirische Staatsangehörigkeit haben, es reichte aber aus, wenn ein Elternteil die Staatsangehörigkeit besaß, statt wie bisher beide Elternteile.

Damit entschärften diese Vereinbarungen zumindest auf dem Papier die bisherige Diskriminierung jener Personengruppen, die im Laufe der Geschichte, vor allem zur Kolonialzeit, nach E. eingewandert waren. Jenseits der Tatsache, dass diese Bestimmungen fair und moralisch gerechtfertigt erscheinen, stellen sie im Kontext der E. doch eine Parteinahme zugunsten der aus dem Norden stammenden Einwohner da, die auf den Widerstand der Parteien und Gruppierungen des Südens stoßen mussten und den amtierenden Präsidenten Gbagbo, der persönlich nicht an den Verhandlungen teilnahm, zum Gegenspieler der Vereinbarungen machten, war doch klar erkennbar, dass seine Position geschwächt und er durch baldige Wahlen abgesetzt werden sollte.

Kompliziert wurde der Konflikt zeitweilig durch grenzübergreifende gewaltförmige Aktionen und Formen der Zusammenarbeit mit bewaffneten Akteuren vor allem aus Sierra Leone. Eingesetzt wurden zumindest zeitweise auch Kindersoldaten. Ebenso setzten beide Seiten zeitweise Söldner ein, was vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1584 vom 1. Februar 2005 scharf verurteilt wurde. Im Verlauf des Konflikts scheinen solche Kämpfer weitgehend verschwunden zu sein. Diese Aktionen konnten im Konfliktverlauf von ECOWAS und Licorne eingedämmt und schließlich beendet werden. Die Beendigung der Tätigkeit solcher Gewaltakteure ist ohne Zweifel als Erfolg der Intervention zu sehen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befasste sich erstmalig am 4. Februar 2003 mit der ivoirischen Krise. In der Resolution 1464 unterstützte er uneingeschränkt die Anstrengungen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS und der Afrikanischen Union (AU), aber auch die Aktionen der französischen Armee zur



Lösung des Konflikts. Seine Zuständigkeit unterstrich er, indem er die Lage in E. als Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit in der Region bezeichnete und den Konflikt unter Kapitel VII der Charta behandelte. Der Sicherheitsrat unterstützte nachdrücklich das am 24. Januar 2003 in Linas-Marcoussis von allen Konfliktparteienunterzeichnete Abkommen,<sup>4</sup> und forderte alle politischen Kräfte zu dessen sofortiger Umsetzung auf. Ferner begrüßte der Sicherheitsrat die Entsendung von Truppen der ECOWAS wie auch der französischen Truppen als Beitrag zu einer friedlichen Lösung und zur Umsetzung des Linas-Marcoussis-Abkommens. Der Generalsekretär wurde beauftragt, „schnellstmöglich einen Bericht zu erstellen, wie die VN die volle Umsetzung des Linas-Marcoussis-Abkommens unterstützen können ...“ Die Umsetzung des Abkommens durch Bildung einer gemeinsamen und handlungsfähigen Regierung scheiterte vor allem am Widerstand des ivorischen Präsidenten Gbagbo.

Der Sicherheitsrat mandatierte in seiner Resolution 1479 vom 13. Mai 2003 – zunächst für sechs Monate – die Entsendung der MINUCI – *Mission des Nations Unies en Côte d'Ivoire*, einer rein politischen. Sie wurde ersetzt durch die von der Resolution 1528 des Sicherheitsrats (27 Februar 2004) eingerichtete UNOCI, *United Nations Organisation in Côte d'Ivoire*, die auch mit militärischen Kompetenzen ausgestattet war und „die Operationen der französischen und der ECOWAS-Streitkräfte ergänzen“ sollte.

Die Motive des Verhaltens Frankreichs sind nicht leicht erkennbar. Nationalistische ivorische Kräfte des Südens vertreten die These, es ginge Paris um den Schutz französischer Gesellschaften wie France-Telecom, der Wasser- und Elektrizitätsgesellschaften, der omnipräsenten Baufirma Bouygues, des Schokoladenherstellers Barry-Dallebaut und anderer französischer Unternehmen, die die Öffnung der Märkte und die Kräfte der Globalisierung fürchten (Koulibaly 2003). Wichtiger ist wohl die Tatsache, dass die Ölvorkommen vor der ivorischen Küste internationale Begehrlichkeiten geweckt haben, die die monopolistische Präsenz französischer Firmen in diesem Sektor der Ökonomie bedrohen (Favennec/Copinschi 2003; Ruf 2008). Die The-

<sup>4</sup> [http://www.usip.org/library/pa/cote\\_divoire/cote\\_divoire\\_01242003en.html](http://www.usip.org/library/pa/cote_divoire/cote_divoire_01242003en.html)

Beteiligt waren: Die Ivorian Popular Front (FPI), die Ivorian Worker's Party (PTI), die Rally For The Republicans (RDR), die Union for Democracy and Peace in Ivory Coast (UDPCI), das Popular Movement of Ivory Coast (MPCI), das Popular Movement of the Great West (MPIGO), die Democratic Party of Cote d'Ivoire - African Democratic Rally (PDCI-RDA), die Democratic and Citizenship Union (UDCY), the Movement of the Forces of the Future (MFA).

se scheint nicht von der Hand zu weisen, das Frankreich in Afrika „gelehrige und unterwürfige Staatsoberhäupter“ haben will (Djéréké 2003). Gbagbo scheint sich diesem Ziel widersetzt zu haben, indem er die Ökonomie des Landes zu internationalisieren suchte.

Gbagbo gelang es vor diesem Hintergrund, vor allem die anti-französischen nationalistischen Gruppen zu mobilisieren und zumindest im Süden seine Legitimität zu stärken. Das Verhalten des Sicherheitsrats deutet darauf hin, dass im Falle dieses Konflikts im unmittelbaren Interessengebiet Frankreichs (Toualy 2005) die übrigen Ständigen Mitglieder Frankreich weitgehende Handlungsfreiheit einräumten, die durch ECOWAS und die AU auch eine afrikanische Legitimität erhielt. Die Rolle der ECOWAS ist insofern bedeutsam, als der Konflikt vor allem in seiner Anfangsphase auch unmittelbare transnationale Dimensionen aufgrund der Einmischung von Gewaltakteuren aus Liberia und Burkina Faso hatte (Ero 2003; Banégas/Otayek 2003), worauf hier deshalb nicht näher eingegangen wird, weil diese Akteure im jüngeren Verlauf des Konflikts keine nennenswerte Rolle mehr spielen.

Dass Frankreich nach wie vor eine entscheidende Rolle im Konflikt spielte, zeigte sich auch im November 2004, als Gbagbo mit einer Offensive gegen die FN versuchte, die militärische Pattsituation zwischen den beiden Gegnern zu beenden: Frankreich intervenierte sofort militärisch und verhinderte diesen Angriff der Regierungstruppen. Im Lande selbst kam es erneut zu gewaltsamen Angriffen von der Regierung nahe stehenden Milizen gegen die französische Bevölkerungsgruppe. 8.300 Franzosen wurden vom französischen Militär evakuiert.

Trotz (oder wegen) des Linas-Marcoussis-Abkommens verschärfte sich die Krise in E.: Gbagbo weigerte sich, dem neuen Premier Teile seiner Kompetenzen zu übertragen, die Minister der die FN bildenden Koalition verließen die Regierung, Gbagbo-treue Milizen plünderten die von der Opposition geführten Ministerien. Der ghanaische Präsident John Kuofor und der UN-Generalsekretär luden vom 29. – 30. Juli 2004 zu einer Konferenz in Accra, wo ein weiteres Abkommen (Accra III Agreement) unterzeichnet wurde, das im Wesentlichen die Umsetzung des Linas-Marcoussis-Abkommens zum Ziele hatte

([http://businessafrica.net/africabiz/ezone/wa/accraIII\\_agreement.php](http://businessafrica.net/africabiz/ezone/wa/accraIII_agreement.php)). An der Konfe-

renz nahmen neben Gbagbo, der Ministerpräsident der Regierung der nationalen Versöhnung und Thabo Mbeki (Südafrika) sämtliche Präsidenten der Nachbarstaaten von E. teil. Ebenso waren präsent die bereits in Linas Marcoussis vertretenen Parteien und Bewegungen. Die Beschlüsse der Konferenz unterstützten im Kern nachdrücklich die Ergebnisse von Linas Marcoussis, forderten Gbagbo auf, dem Premierminister die dort festgelegten Kompetenzen zu übertragen. Ferner forderte sie die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration sämtlicher Milizen. Nichts davon wurde allerdings verwirklicht. Ein ähnlich lautendes Abkommen, das unter der Schirmherrschaft von Thabo Mbeki am 6. April 2005 in Pretoria geschlossen wurde, blieb ebenfalls folgenlos. .

Zwar gibt es seither keine größeren Kampfhandlungen zwischen den beiden Hauptkontrahenten, weshalb AKUF das Geschehen in E. nicht mehr als Krieg, sondern als bewaffneten Konflikt einstuft. Grundkonstante dieses Konflikts bleibt die Auseinandersetzung um Landbesitz vor allem im Westen zwischen Alteingesessenen und zugewanderten „Dioulas“ aus dem Norden, der teilweise immer heftiger ausgetragen wurde. Die nach dem Plan des UN-Sicherheitsrates für Oktober 2005 vorgesehenen Wahlen scheiterten, weil sich weder die FN noch die zahlreichen inzwischen entstandenen Milizen unterschiedlicher politischer Zugehörigkeit oder auch lokale Warlords entwaffnen ließen und weil eine transparente und faire Registrierung der Wähler in der von Gewalt und Unsicherheit geprägten Situation nicht erfolgen konnte – vom politischen Willen der Regierung ganz abgesehen. Daher verschob der UN-Sicherheitsrat die vorgesehenen Wahlen um ein weiteres Jahr, was gleichzeitig die Amtszeit von Präsident Gbagbo entsprechend verlängerte. Um diesen zu schwächen, übertrug der Sicherheitsrat dem von den Konfliktparteien gemeinsam bestimmten Premierminister Charles Konan Banny weitere Kompetenzen. Vor der Durchführung der verschobenen Wahlen sollten die Milizen entwaffnet und ein neues Wählerverzeichnis erstellt werden.

Gbagbo nutzte diese Zeit, um die parallelen Sicherheitsstrukturen zur Bekämpfung der Opposition weiter auszubauen. Die ihm ergebenden Milizen werden auf mehrere Zehntausend (AKUF) geschätzt. Rekrutiert wurden sie durch staatsnahe Jugendorganisationen aus der Masse von Jugendlichen, die angesichts der inexistenten sozialen Sicherung und versagender traditioneller Netzwerke jede Perspektive verloren

haben. Die wichtigste Miliz sind die so genannten *Jungen Patrioten*,<sup>5</sup> die gezielt aus der Ethnie Gbagbos, den Bété, rekrutiert wurden. Sie zeichnen sich – im Gegensatz zu vielen anderen Milizen - aus durch eine militante nationalistische Ideologie, die sich in erster Linie gegen Frankreich und seine neo-koloniale Politik, aber auch die „Dioulas“ aus dem Norden richtet. Die „Jungen Patrioten“ wurden von den Sicherheitskräften ausgebildet und teilweise logistisch unterstützt. Der „private“ Charakter der Milizen ermöglicht es Gbagbo, sie als wichtiges militärisches und politisches Instrument zu nutzen und zugleich jede Verantwortung für ihre Taten abzustreiten. Finanziert werden sie aus dem Kakao-Export und den steigenden Einnahmen aus der Erdölförderung, die beide von Gbagbo kontrolliert werden. Daneben kam es wiederholt zu Rebellionen von Einheiten der 24.000 Mann starken, schlecht oder gar nicht bezahlten Armee.

Finanzielle Basis der etwa 40.000 Kämpfer der FN im Norden sind Schmuggel, der Handel mit Diamanten (vor allem aus Sierra Leone) sowie alltägliche Wegelagerung mit Straßensperren und dem Abpressen von Transitgebühren und Schutzgeldern. Zwar gelang es dem Ministerpräsidenten Banny, die Rückkehr von Staatsbeamten in den Norden und die Durchführung staatlich anerkannter Schulprüfungen zu erreichen, jedoch verhinderte Gbagbo die Umsetzung der ihm abgerungenen Zugeständnisse mit Hilfe der „Jungen Patrioten“. Deren Aktionen richteten sich zunehmend gegen die Einrichtungen der UN in Abidjan und im Westen. Die offiziellen Sicherheitskräfte blieben gegenüber den Aktionen untätig, ja unterstützten sie teilweise logistisch. Derweil eskalierten die inter-ethnischen Konflikte im Westen. Verstärkte Kontrollen der UNOCI (8.000 Mann) und der französischen Truppen (3.500 Mann) konnten diese gewalttätigen Zwischenfälle nicht verhindern.

Für Oktober 2005 waren abermals Wahlen unter der Ägide des Sicherheitsrats angesagt. Diese aber sagte Gbagbo mit der Begründung ab, die FN seien nicht entwaffnet worden. Auch erklärte er, die Verfassung gebiete, dass er weiter im Amt bleibe, was seitens der AU und schließlich auch vom Sicherheitsrat akzeptiert wurde. Gegen diese Maßnahmen protestierten die FN und andere oppositionelle Gruppen, Gbagbo

---

<sup>5</sup> Der volle Titel lautet „Junge Patrioten für den nationalen Aufsprung“. Sie stehen stellvertretend neben anderen milizähnlichen Gruppierungen für eine sich ausbreitende Kultur der Gewalt. S. Konate, Ya-couba: Les Enfants de la Balle (die Kinder der Kugel), in: Politique Africaine Nr. 89 (2003) S. 49 – 70. Enthusiastisch für den anti-französischen Kurs Gbagbos ist Djéréké, Jean-Claude: Fallait-il prendre les armes en Côte d'Ivoire? Paris, 2003.

sagte kurzfristig ein in New York für den 20. September 2006 geplantes Treffen der Konfliktparteien unter internationaler Vermittlung ab: Die für den Folgemonat angesetzten Wahlen waren damit gescheitert. Der UN-Sicherheitsrat verschob diese daher um ein weiteres Jahr. Angesichts fortgesetzter und teilweise eskalierender Gewalt erhöhte der Sicherheitsrat (Res. 1682 vom 2. Juni 2006) die Stärke der UNOCI um weitere 1.500 Mann. Schließlich zog der Sicherheitsrat – vor allem mit der Resolution 1721 vom 1. Nov. 2006 - immer mehr Kompetenzen an sich, indem er die für Oktober 2006 geplanten Wahlen um ein weiteres Jahr verschob und das Mandat von Präsident Gbagbo und Premierminister Banny gleichfalls um dieselbe Zeit verlängerte. Letzterer erhielt die Kompetenz, die in den zuvor geschlossenen Vereinbarungen umzusetzen, als da sind: Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kämpfern; Identifizierung der Bevölkerung und Registrierung von Stimmberechtigten, Entwaffnung und Auflösung von Milizen; Wiederherstellung der Staatsautorität, der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes; die technische Vorbereitung der Wahlen, die Restrukturierung der Streitkräfte. Vor allem forderte der Sicherheitsrat, dass der Premierminister hierfür alle notwendige Gewalt haben müsse, ebenso wie die notwendigen finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen.

Wieder und wieder fanden Verhandlungen zwischen der Regierung und den FN statt, in denen schließlich vereinbart wurde, die „papierlosen“ Bevölkerungsteile zu identifizieren und ihnen gegebenenfalls die Staatangehörigkeit zuzuerkennen, wodurch sie sich als Wähler hätten registrieren lassen können. 2.000 regierungsnahen Milizionären sollten durch die UNOCI entwaffnet werden, danach sollten die FN ihre Waffen niederlegen, damit am 31. Oktober 2006 endlich die Wahlen stattfinden könnten. Jedoch verhinderten die Gbagbo-nahen Milizen die Arbeit der mobilen Gerichte (*audiences foraines*), die die Identifizierung der Staatsbürger vornehmen sollten: Von geschätzten 3 Mio. möglichen Bewerbern erhielten so bis September 2006 nur etwa 70.000 ihre Papiere.

Angesichts der Situation im Lande und der realen Machtverhältnisse mutet es geradezu zynisch oder auch hilflos an, wenn der Sicherheitsrat in Ziffer 13 der Resolution formuliert:

“13. Fordert den Premierminister dringend auf, umgehend alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, indem er die einschlägigen Erlasse (für die Umsetzung der Beschlüsse des SR) unterzeichnet ...“ - als ob mit der Unterzeichnung von Anordnungen Wirklichkeit geschaffen werden könnte! Gleiches gilt für die in Ziff. 32 getroffene Feststellung, in der nochmals wichtige Rolle der französischen Streitkräfte unterstrichen wird: „32. Er hebt hervor, dass er fest entschlossen ist, gezielte Maßnahmen zu ergreifen gegen Personen ..., die u. A. entschlossen sind, die Umsetzung des Friedensprozesses zu blockieren, einschließlich Angriffe auf oder Widerstand gegen UN-OCI, die Französischen Streitkräfte... oder die verantwortlich sind für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, begangen in Elfenbeinküste seit dem 19. September 2002, die öffentlich zu Hass und Gewalt anreizen oder das Waffenembargo verletzen ...“

Im März 2007 schlossen Gbagbo und der Führer der FN Guillaume Soro in Ouagadougou das sog. *Ouagadougou political agreement*, das die Wiedervereinigung des Landes und die Auflösung der „vertrauensbildenden Zone“, die die beiden Landesteile trennt, vorsieht. Mehrere tausend französische und UN-Truppen sollen weiter im Lande stationiert bleiben (<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4916>). Auch dieses Abkommen stützte sich im Kern auf die Vereinbarungen von Linas-Marcoussis, wie sie vom UN-Sicherheitsrat übernommen und immer wieder bestätigt worden waren.

In seinem Bericht vom 10. Juli 2008 (S/2008/451) fasst der UN-Generalsekretär die aktuelle Lage zusammen. Zwar verweist er auf Fortschritte der mobilen Gerichte zur Überprüfung der Staatsangehörigkeit und der damit einhergehenden Wahlberechtigung, den beginnenden Rückzug der bewaffneten Kräfte der *Forces Nouvelles* in Lager und die beginnende Zahlung von Abgaben seitens dieser an staatliche Stellen im Norden (!) des Landes: Damit wird die Abspaltung des Nordens zementiert und indirekt anerkannt. Zugleich gelang es nicht, die Milizen zu entwaffnen und aufzulösen. Ein Mangel an finanziellen Mitteln verhinderte auch die Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer (der FN) in die regulären Streitkräfte und den Aufbau effizienter staatlicher Strukturen im Norden. Der Korridor, der den Süden vom Norden trennt, sei nunmehr frei passierbar, und Präsident Gbagbo habe Wahlen für den 30. November 2008 angekündigt. Diese würden von allen politischen Parteien (genannt werden ins-

gesamt 37 Parteien und politische Gruppierungen) und der Zivilgesellschaft unterstützt.

Zwischen Truppenteilen der FN und deren Kommandanten kommt es angesichts der bevorstehenden Demobilisierung dieser Bewaffneten vermehrt zu teilweise heftigen Konflikten mit Schießereien und Toten. Die Kriminalität, verbunden mit bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Banden, wächst ebenso wie die Zahl der Vergewaltigungen. Insgesamt fehlt die Finanzierung für den Aufbau von Strukturen der UNOCI, während militärische Operationen, wie vom Sicherheitsrat mandatiert, stets gemeinsam von UNOCI und *Licorne* durchgeführt werden, Frankreich also an allen militärischen Maßnahmen beteiligt bleibt. Zwar mache die Zusammenfassung der FN-Truppen in Lagern Fortschritte, die Entwaffnung scheint jedoch geradezu lächerlich: Insgesamt wurden 86 Schusswaffen abgegeben, von denen jedoch noch zehn in brauchbarem Zustand waren. Die Zahlungen von monatlich 216 US-\$ für die demobilisierten Soldaten (darunter bisher rd. 300 Frauen) der FN unterbleiben, da Mittel hierfür nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Die demobilisierten Kämpfer der FN haben im Prinzip die Wahl zwischen der Integration in die ivoirischen Streitkräfte und der Rückkehr ins Privatleben.

Jedoch ist ihre Zahl ebenso umstritten wie die Ränge, die sie in der Armee bekleiden sollen.

Die Identifizierung von Staatsangehörigen scheint zwar voran zu schreiten, bleibt aber kompliziert. Auch sind die Kosten noch nicht gesichert, obwohl die EU 12 der erforderlichen 16,5 Mio. US-\$ zugesagt hat. Für die Durchführung der geplanten Wahlen fehlen gleichfalls noch 18,5 von 86,5 Mio. \$. Die Verhandlungen mit den FN und einigen Milizen konnten dadurch intensiviert werden, dass der Generalsekretär der VN ihnen zusagte, sie von der Liste jener Gruppierungen zu streichen, die Kindersoldaten einsetzen ...

Am 29 Juli 2008 befasste sich der Sicherheitsrat abermals mit der Lage in E. und fasste die Resolution 1826. Er betonte nochmals die Bedeutung des in Ouagadougou am 14. März 2007 unterzeichneten Abkommens zwischen Laurent Gbagbo und dem Führer der FN Guillaume Soro, in dessen Folge letzterer Ministerpräsident wurde. Die immer wieder vom Sicherheitsrat beschlossene Stärkung des von ihm be-

stimmten Ministerpräsidenten zielt letztlich auf eine Stärkung des Einflusses Frankreichs auf die ivoirische Politik ab. Zugleich ruft der SR auf zu finanzieller Unterstützung des Friedensprozesses, insbesondere bei der Vorbereitung der Wahlen und der Eingliederung der demobilisierten Soldaten der FN in die ivoirischen Streitkräfte bzw. ins zivile Leben. Im Bericht des Generalsekretärs (S/2008/645 vom 13. Okt. 2008) wird auf eine relativ ruhige Sicherheitslage verwiesen, jedoch kam und kommt es zu gewaltförmigen Angriffen von regierungsnahen Jugendbanden und Milizen, die z. B. in Abidjan den Identifizierungsprozess von Wählern verhinderten, und zu Protesten von Angehörigen der Forces Nouvelles und der nationalen Streitkräfte betr. die Art und Weise ihrer Integration in die neu zu strukturierende Armee. Beide forderten auch die Auszahlung ihres seit Monaten überfälligen Soldes. Darüber hinaus ereigneten sich besonders im Westen des Landes Zusammenstöße wegen Streitigkeiten um Landbesitz, landesweit gab es Demonstrationen gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Im Westen wie in der so genannten „Vertrauenszone“ zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil des Landes sind Straßenraub, Gewalt und Vergewaltigungen häufig. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen wurde der Alarmzustand der Truppen von UNOCI und Licorne erhöht, insbesondere die Grenzen zwischen Elfenbeinküste einerseits und Liberia, Ghana, Guinea und Burkina Faso sollen scharf überwacht werden, um das Einsickern bewaffneter Banden zu verhindern.

Verschärft hat sich die Ernährungssituation der Bevölkerung, vor allem im Norden. 17,5% der Bevölkerung (2006: 12,5%) leiden an Unterernährung. Die vorgesehene Demobilisierung der Truppen kann als Misserfolg angesehen werden: Die Forces Nouvelles hatten ihren Bestand an Kämpfern mit 34.678 angegeben. Am 1. Okt. 2008 waren 11.364 in Lagern erfasst worden, darunter rd. 500 Frauen. Davon wollten 7.598 demobilisiert werden, 3.766 entschieden sich für die Integration in die nationale Armee, nur zehn Waffen und eine kleine Menge Munition wurden abgeliefert. Das Rehabilitierungs- und das Reintegrationsprogramm stockt wegen mangelnder finanzieller Mittel, trotz Programmen der Weltbank, der UN und der EU für die Integration „ehemaliger Kämpfer und gefährdeter Jugendlicher.“ Die letztere Formel deutet auf den Einsatz von Kindersoldaten, der in diesem Falle offensichtlich nicht verfolgt wird ... Zur Reinsertion von mehr als 15.000 ehemaligen Kämpfern sollte für rd. 5.000 von ihnen 1.000 Mikro-Projekte geschaffen werden. Davon existierten am 1. Okt. 2008 gerade drei, die 30 Kämpfer erfassten, 14 weitere Projekte wurden beschlossen. Un-



gelöst bleibt die Auflösung der regierungsnahen Milizen, für die die Regierung noch kein Programm vorgelegt hat. Sie umfassen – nach Regierungsangaben – 1.019 Kämpfer, dürften aber in Wirklichkeit um ein Vielfaches höher sein.

Zwar wurden wieder Staatsbeamte im Norden eingesetzt, diese üben jedoch keinerlei Autorität aus, da die Forces Nouvelles nicht bereit sind, die von ihnen ausgeübte Kontrolle aufzugeben. Das Nicht-Funktionieren der Verwaltung im Norden, aber auch in der Mitte und im Westen des Landes wird im Bericht des GS als Gefahr für den Wahlprozess angesehen. Trotz Erhöhung der Zahl der mobilen Gerichte ist zu erwarten, dass bei weitem nicht alle Wähler bis zum Wahltag identifiziert und mit entsprechenden Papieren ausgestattet sind. Die möglichen Folgen für den Wahlprozess und dessen Legitimität werden nicht angesprochen. Zugegeben wird, dass die sowohl technischen wie logistischen Schwierigkeiten geschuldeten Verzögerungen in den Wahlvorbereitungen den vorgesehen Wahltermin in Frage stellen könnten.

Derzeit sind knapp 9.500 Soldaten der UNOCI stationiert, hinzu kommt eine schnelle Eingreiftruppe von 1.800 Mann der Licorne. Diese Truppen stehen hauptsächlich im Westen, im Osten und in Abidjan. Im Norden wird ihnen nach wie vor der Zugang zu einer Reihe von Gebieten verweigert. Die Grenze zu Liberia soll militärisch gesichert werden, eine Zusammenarbeit gibt es mit den Behörden in Ghana, Guinea und Burkina Faso.

Der Bericht muss zugeben (Ziff. 44), dass die Ordnungskräfte nicht in der Lage sind, Gewalttäter zu identifizieren, dass die Gewalt „das brüchige Verhältnis in ethnisch gemischten Gemeinschaften verschlimmert hat und zu Zusammenstößen, Angriffen und Gegenangriffen“ zwischen den ethnischen Gruppierungen führt. „Das niedrige Niveau der Verfolgung solcher Fälle hat den Eindruck der Straflosigkeit im Lande erhöht.“ Insbesondere im Norden (Ziff. 45) wächst die Zahl der schwer wiegenden Menschenrechtsverletzungen. Elemente der FN entführen Menschen und erpressen Lösegeld. Häufig sind die Entführung, der sexuelle Missbrauch und Tötung von Kindern. Da mutet es seltsam an, wenn der Bericht (Ziff. 59) zu dem Schluss kommt, dass „Elfenbeinküste während der letzten 18 Monate nachhaltigen Frieden und Stabilität“ erlebt hat.

Unter Bezugnahme auf den Bericht der Generalsekretärs verabschiedete der SR am 29. Oktober 2008 die Resolution 1842, in der er die in den vorigen Resolutionen beschlossenen Maßnahmen (auch das Importverbot von Rohdiamanten aus Elfenbeinküste) bis Oktober 2009 verlängert und UNOCI und die französischen Truppen zu voller Unterstützung bei der Entwaffnung auffordert, wie sie in den Resolutionen 1739 (2007) und 1826 (2008) festgehalten ist. Er betont, dass jede Bedrohung des Wahlprozesses und jeder Widerstand oder Angriff auf die Wahlkommission als Bedrohung des Friedens- und Versöhnungsprozesses gewertet werden wird.

Die Situation vor Ort lässt sich jedoch folgendermaßen zusammenfassen:

- Die FN kontrollieren weiterhin Norden.
- Die Identifizierung der Staatsangehörigen/Wahlberechtigten ist noch lange nicht abgeschlossen.
- Die Demobilisierung bruchstückhaft, Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer minimal, Waffen weiter im Umlauf.
- Demobilisierung der regierungsnahen Milizen ist nicht erfolgt, ihre angegebenen Zahl lächerlich.
- Hunger und Elend nehmen zu, die Korruption führt zu ökologischen Katastrophen.<sup>6</sup>

Inzwischen haben die Unterzeichner des Friedensabkommens zwischen den Bürgerkriegsparteien in der Elfenbeinküste die für den 30. November 2008 geplanten Wahlen verschoben. Laurent Gbagbo, der frühere Rebellenführer Guillaume Soro und andere politische Führer teilten in einer gemeinsamen Erklärung mit, es sei nicht möglich, die Abstimmung bis Ende des Monats zu organisieren. Unter anderem gebe es Probleme bei der Wählerregistrierung (<http://de.news.yahoo.com/1/20081110/tpl-wahlen-in-der-elfenbeinkste-verschob-cfb2994.htm> ). Fristgerecht reagierte der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1865 vom 27. Januar 2009, in der er das Mandat von „UNOCI und den französischen Truppen, die sie unterstützen“ bis zum 31. Juli 2009 verlängerte. Im Übrigen bringt der Sicherheitsrat sein „tiefes Bedauern“ über die (unbefristete) Verschiebung der Wahlen zum Ausdruck und fordert eine Vereinbarung der Konfliktparteien, baldmöglichst eine „freie, offene, faire und transparente“ Wahl

<sup>6</sup> <http://www.spiegel.de/parnorama/justiz/0,1518,445221,00.html> [12-09-08]. Tausende Tonnen Giftmülls waren von den Niederlanden nach Abidjan verschifft und auf Deponien abgekippt worden. Mindestens 16 Menschen starben, etwa 100.000 leiden z. T. noch immer an gesundheitlichen Schäden. Die giftigen Substanzen wurden schließlich nach Europa zurück transportiert, vergiftet blieben jedoch die Lagune und das Abwassersystem.

durchzuführen. Ansonsten besteht die Resolution aus dringenden Appellen an die Konfliktparteien, die die in den früheren Resolutionen erhobenen Forderungen wiederholen, als da sind: baldigst freie, faire und transparente Wahlen abzuhalten, die Menschenrechte zu respektieren, sexuelle Gewalt zu unterlassen und mit dem Sondergesandten des Generalsekretärs konstruktiv zusammenzuarbeiten ...

## 6. Evaluation.

In den Medien finden sich immer wieder Kommentare, die den Friedensprozess in E. als Erfolgsgeschichte der VN bezeichnen. Jedoch ist festzustellen, dass nichts davon Wirklichkeit ist: Seit sich der UN-Sicherheitsrat Anfang 2003 erstmals mit dem Konflikt und erst recht seit der militärischen Intervention hat sich die Lage in den vergangenen sechs Jahren nicht nennenswert verändert. Gbagbo, sein Clan und die ihn unterstützenden Gruppen und Milizen können vor allem Dank der Kontrolle des Exports mit der Situation gut leben<sup>7</sup> und haben daher kein Interesse an der Lösung des Konflikts und allfälligen Wahlen. Landkonflikte und Gewalt, massenhaften Menschenrechtsverletzungen, rund 700.000 Binnenflüchtlinge sowie die weitere Ethnisierung und die Privatisierung der Gewalt in den Händen von Milizen charakterisieren den Zerfall von Staatlichkeit, der weit über die Spaltung des Landes in den mehr oder weniger von Gbagbo regierten Süden und den von den FN beherrschten Norden hinausreicht: Die Tribalisierung der Gesellschaft und „moderne“ Gewaltökonomien,<sup>8</sup> die Aneignung von Renten und Pfründen durch Clans und ihre Milizen zerstören weiterhin das Gewaltmonopol des Staates, das trotz aller Konferenzen und Beschlüsse des Sicherheitsrats nur schwer wieder herstellbar zu sein scheint. Der Norden hat sich in einem prekären Herrschaftssystem installiert, das von parakriminellen Einkünften alimentiert wird. Die Entwaffnung der Kämpfer der „Forces Nouvelles“ macht keine nennenswerten Fortschritte, da vor allem deren Alimentierung und Rückführung ins Zivilleben an nicht vorhandenen Finanzmitteln scheitert.

---

<sup>7</sup> Lt. CIA-factbook betragen allein die Einnahmen aus der Öl- und Gasproduktion im Jahre 2006 1,3 Mrd US \$. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iv.html> [16-09-08].

<sup>8</sup> Hiermit ist gemeint, dass einerseits die traditionellen Strukturen, gekennzeichnet durch Häuptlingswesen und die Autorität der Ältesten weitgehend schwinden, während gleichzeitig die Ethnizität dazu benutzt wird, um Sektoren der weltmarktorientierten Ökonomie profitabel unter Kontrolle zu bringen.

Der UN-Sicherheitsrat hat formal wesentliche Teile der Souveränität des Landes übernommen, indem er eine Verfassungsänderung verfügte, die Amtszeiten des Präsidenten und des von ihm eingesetzten Ministerpräsidenten verlängerte. Zur Durchsetzung seiner Beschlüsse fehlen ihm jedoch Autorität und Gewaltmittel, die in diesem Falle enorm sein müssten. Es ist nicht erkennbar, wie der Sicherheitsrat aus dieser selbst gestellten Falle herauskommen und eine politische Neuordnung gestalten will, die ihm weder zusteht, noch angesichts der verworrenen Machtverhältnisse vor Ort geleistet werden kann. Formal ist das Land zu einer Art UN-Protectorat geworden, in dem Frankreich den entscheidenden Einfluss ausübt. Interesse Frankreichs war und ist es offensichtlich, durch Wahlen einen der alten Kolonialmacht freundlicher gesinnten Präsidenten einzusetzen. Das Gegenteil wurde erreicht: Nach der Absage des für November 2008 vom Sicherheitsrat angesetzten Wahltermins bleibt Gbagbo bis auf weiteres im Amt. Die Krise wird sich weit über das bis Ende Juli 2009 verlängerte Mandat hinziehen, der fortgesetzte Zerfall von Staatlichkeit fällt damit auch in die Verantwortung des Sicherheitsrats.

Die immer wieder beschworenen Wahlen erscheinen geradezu als Fetisch: Im ivoirischen Kontext bleiben sie nicht nur wegen der schwierigen Identifikation von Wählern problematisch, sie dürften auch – im Falle ihrer Durchführung – keineswegs zu einer Lösung des Konflikts führen: Zwar dürfte durch die Arbeit der Identifizierungskommissionen die Zahl der aus dem Norden stammenden Wahlberechtigten erhöht werden, dies aber könnte den Konflikt eher anheizen als einen nationalen Konsens hinter einem wie auch immer gewählten Präsidenten schaffen. Das Grundproblem des Konflikts, die Frage des Landbesitzes findet in keiner Resolution des Sicherheitsrats auch nur Erwähnung und ist durch ihn auch nicht zu lösen. Schließlich erscheint das westliche Konzept von Wahlen als Scheinlösung: Ethnisch-ökonomische Konflikte können nicht durch wie auch immer geartete „Wahlen“ gelöst werden. Ferner sind Wahlen und „Parteien“ in Gesellschaften, die von Tribalismus, Nepotismus und Korruption geprägt sind, keine Träger der politischen Willensbildung, sondern Mittel zum Zugang zu Pfründen und Instrumente zur Schaffung von Loyalitäten.

Die Gründe der ivoirischen Krise sind: Die koloniale Grenzziehung, die Problematik des Landbesitzes und seine Kopplung an ein aus Europa importiertes Nationalitätskonzept. Die Lösung der Krise müsste ansetzen an der ökonomisch-politischen Fra-

ge des Landbesitzes und ihrer erst lange nach der Unabhängigkeit erfolgten Koppelung an die Staatangehörigkeit. Auch hat der Sicherheitsrat an keiner Stelle bedacht, was mit den Menschen (schätzungsweise 1.5 Mio, also ca. 10% der Einwohner) werden soll, denen die ivorische Staatangehörigkeit voraussichtlich nicht zugestanden werden wird – so die Identifizierung je zu Ende gebracht wird. Werden diese „Papierlosen“ ausgewiesen? Wohin? Welche Konflikte drohen mit den Nachbarstaaten, wenn diese Menschen in vermutete Herkunftsstaaten abgeschoben werden?

Der Sicherheitsrat hat seit seiner ersten Befassung mit dem Konflikt in E. das hoch problematische Linas-Marcoussis-Abkommens übernommen und dieses seither immer wieder bekräftigt und die Aktionen der französischen Armee im Lande in Kooperation mit UNOCI zur Grundlage seiner Resolutionen gemacht. Seine Rolle als supranationaler Schiedsrichter hat er damit im Kern an sein Mitglied Frankreich abgetreten, dessen Ziel die Ablösung Gbagbos zugunsten eines anderen willfähigen Herrschers war und ist. Die militärischen Aktionen der Operation *Licorne*, der ECOWAS und die Präsenz von UNOCI mögen es vermocht haben, die drohende Internationalisierung des Konflikts an den Grenzen von E. vorübergehend zu beenden, an manchen Orten Exzesse der Gewalt einzudämmen. Eine überparteiliche Konfliktlösung, die an die Wurzel des Problems gegangen wäre, war jedoch niemals Bestandteil des UN-Mandats wie der Vereinbarungen von Linas-Marcoussis bis Ouagadougou. Aber selbst deren elementare Forderungen bleiben nach wie vor ungelöst: So mahnt der Generalsekretär in seinem jüngsten Bericht vom 8. Januar 2009 abermals an, das Ouagadougou-Abkommen, welches auf dem Linas-Marcoussis-Abkommen basiert, müsse erfüllt werden, die Kämpfer und die Milizen müssten entwapnet werden, die Vereinigung der Streitkräfte müsse erreicht und die staatliche Verwaltung müsse im ganzen Land wieder hergestellt werden, der Prozess der Wähler-Identifikation müsse weitergeführt werden, ein Zeitpunkt für die ausstehenden Wahlen müsse festgelegt werden. Die Resolution 1865 übernimmt diese hohlen und unter den gegebenen Bedingungen unrealistischen Forderungen. Allein die Tatsache, dass sie seit Jahren dieselben sind, zeigt, dass ein substanzieller Fortschritt nicht zu verzeichnen ist.

Die Ursache der Gewalt beseitigen hieße, eine neue Eigentumsordnung zu oktroyieren, die ihrerseits der Auslöser für neue Gewalt wäre. Damit ergibt sich als Fazit nicht nur, dass Militär – auch wenn UN-mandatiert – zur Konfliktlösung untauglich ist, es

zeigt sich auch, dass Konfliktlösungen auf rein politischer Ebene unmöglich sind, wenn die ihnen zugrunde liegenden sozialen und ökonomischen Probleme unbeachtet bleiben. Wie, von wem, mit welchen Mitteln diese jedoch gelöst werden sollen, übersteigt auch die friedensforscherische Phantasie.

Als einzige vage Perspektive erscheint eine Lösung im regionalen Rahmen, die den transnationalen tribalen Strukturen Rechnung trüge, den nicht als ivoirische Staatsangehörige Identifizierten Entschädigungen anböte und Ansiedlungsmöglichkeiten – ggf. auch in benachbarten Staaten – schaffen würde. Dies würde eine einvernehmliche Lösung im Rahmen der ECOWAS-Staaten voraussetzen – und sehr viel Geld, das noch nicht einmal für die Demobilisierung der Kämpfer zur Verfügung gestellt wird. Eine solche regionale afrikanische Lösung ist aber, wenn überhaupt, nur zu erreichen, wenn der Einfluss Frankreichs auf die ivoirischen Angelegenheiten und seine militärische und politische Präsenz im Lande definitiv beendet würde. In der gegenwärtigen Situation besteht die Gefahr, dass das Land endgültig in eine Bürgerkriegsökonomie abgleitet und dass die Vereinten Nationen sich selbst delegitimieren. Die militärische Intervention hat den Konflikt um keinen Millimeter einer Lösung näher gebracht hat. Statt dessen deutet alles darauf hin, dass er zu einer weiteren Kriminalisierung der Ökonomie und der Zunahme nicht mehr zählbarer und kontrollierbarer Milizen geführt hat, die ihrerseits Resultat zunehmender Verelendung sind. Statt *state building* schreitet der Staatszerfall voran.

### **Literatur.**

Banégas, Richard/Marshall-Fratani, Ruth (2003): Côte d'Ivoire, un conflit régional ?

In : Politique Africaine Nr. 89, Paris, S. 5 – 11.

Banégas, Richard/Otayek, René (2003): Le Burkina Faso dans la crise ivoirienne; in :

Politique Africaine Nr. 89, S. 71 – 87.

Blé Kessé, Adolphe (2005): La Côte d'Ivoire en guerre. Le sens de l'imposture Française, Paris.

Bouquet, Christian (2005): Géopolitique de la Côte d'Ivoire, Paris.

Djéréké, Jean-Claude (2005): Fallait-il prendre les armes en Côte d'Ivoire? Paris.

Doh-Djanhoundy, Théo (2006): Autopsie de la crise ivoirienne. La nation au cœur du conflit, Paris.

Dossiers Noirs de la Politique Africaine de la France. Paris, unregelmäßig.  
Institut für Afrika-Kunde (Hrsg.): Afrika-Jahrbuch, Opladen (jährlich, bis 2003).  
Ero, Comfort/Marhall, Anne (2003): L'Ouest de la Côte d'Ivoire : Un conflit libérien;  
in : Politique Africaine Nr. 89. S. 88 – 101.  
Favennec, Jean-Pierre/Copinschi, Philippe (2003): Les nouveaux enjeux pétroliers  
en Afrique; in: Politique Africaine Nr. 89, S. 127 – 248.  
Gnakalé, Viviane (2006): Laurent Gbagbo. Pour l'avenir de la côte d'Ivoire, Paris.  
Hofnung, Thomas (2005): La crise en Côte d'Ivoire. Paris.  
Konate, Yacouba (2003): Les Enfants de la Balle; in: Politique Africaine Nr. 89 S. 49 –  
70.  
Koui, Théophile (2006): Multipartisme et idéologie, Paris.  
Koulibaly, Mamadou (Hg.): La Guerre de la France contre la Côte d'Ivoire, Paris  
2003.  
Ruf, Werner: Geopolitik und Ressourcen: Der Griff der USA nach Afrika. In: ÖSFK /  
Thomas Roithner (Hrsg. 2008): Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkrie-  
gen? Münster, S. 160 – 173.  
Ders (1994): Die neue Welt-UN-Ordnung. Vom Umgang des Sicherheitsrates mit der  
Souveränität der "Dritten Welt", Agenda-Verlag Münster.  
Toualy, Georges (2005): Réflexion sur la crise ivoirienne. Paris.

#### **Internet-Quellen:**

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/CoteDI-voire.html>

[http://businessafrica.net/africabiz/ezine/wa/accralll\\_agreement.php](http://businessafrica.net/africabiz/ezine/wa/accralll_agreement.php)

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=9077&Cr=ivoire&Cr1=&Kw1=Security+Council&Kw2=&Kw3>

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=8984&Cr=ivoire&Cr1=&Kw1=Security+Council&Kw2=&Kw3>

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=8984&Cr=ivoire&Cr1=&Kw1=Security+Council&Kw2=&Kw3>

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N03/357/86/PDF/N0335786.pdf?OpenElement>

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N03/588/78/IMG/N0358878.pdf?OpenElement>

[http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/293\\_elfenbeinkueste.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/293_elfenbeinkueste.htm)

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/iv.html>

<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4916>

<http://www.heritage.org/Index/country.cfm?id=IvoryCoast>

<http://www.rdrcl.org/main/cspisnelire.asp?id=15&rid=2>

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,445221,00.htm>

[http://www.usip.org/library/pa/cote\\_divoire/cote\\_divoire\\_01242003en.html](http://www.usip.org/library/pa/cote_divoire/cote_divoire_01242003en.html)